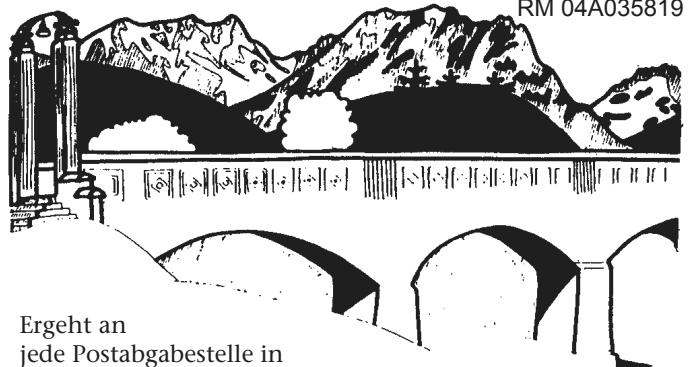


# TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben  
Nr 5, Juni 2007



RM 04A035819

Ergeht an  
jede Postabgabestelle in  
Trofaiach, Gai und Hafning

Verlagspostamt 8160 Weiz

## Verbena: Endlich ordentlicher Kollektivvertrag für die Beschäftigten

*Derzeit unterliegen die Beschäftigten des Verbena-Pflegeheimes dem Privatkrankeanstalten-Kollektivvertrag. Dieser sieht eine 40-Stunden-Woche vor. Die Bezahlung ist alles andere als üppig.*

Bereits seit längerer Zeit existiert für Bedienstete von Pflegeheimen ein von der Gewerkschaft ausgearbeiteter eigener Kollektivvertrag, der eine deutlich bessere Bezahlung als der derzeit angewendete Kollektivvertrag vorsieht und die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden begrenzt. Von einigen Pflegeheimen, so der Volkshilfe, wird der neue Vertrag bereits seit einiger Zeit angewendet. Natürlich wünschen sich auch die Verbena-Beschäftigten diesen Kollektivvertrag und wur-

de der Betriebsrat in dieser Sache aktiv. Mehrere Klagen wurden eingereicht. Nun liegt ein Urteil vor, welches eine deutliche Sprache spricht: Der neue, bessere Kollektivvertrag ist für alle Beschäftigten von Privatpflegeheimen anzuwenden! Der neue Kollektivvertrag ist bereits mit 19. 12. 2005 in Kraft getreten. Das bedeutet, daß den Beschäftigten für die Zeit von Anfang 2006 bis jetzt die Gehaltsdifferenz nachgezahlt werden muß. KPÖ-Gemeinderätin Gabi Leitenbauer: „Ich habe die

*Einführung dieses Kollektivvertrages bei der Verbena in der Generalversammlung immer wieder gefordert. Bürgermeister Wagner und die Geschäftsführung der Kräut-*

*ergartengruppe haben diese berechnete Forderung immer abgelehnt. Jetzt haben die Verantwortlichen keine Ausrede mehr. Das Urteil muß umgesetzt werden.“*

### Verkehrsverbund wieder teurer

Die steirische Verkehrsverbundgesellschaft kündigt mit 1. Juli eine durchschnittliche Erhöhung der Fahrkarten um 2,63 Prozent an. Beispielsweise kostet die 10-Zonen-Karte dann pro Fahrt 1,52 Euro (bisher 1,48), die Wochenkarte 9,60 Euro (bisher 9,20). Nicht erhöht werden 24-Stunden-Karte, Stundenkarte und der Halbpfeistarif. Die

Verbundgesellschaft ist zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Steiermark. Es existiert seit Monaten ein mit den Stimmen der KPÖ angenommener Landtagsbeschuß, welcher sich dafür ausspricht, die letzte Erhöhung rückgängig zu machen. Allein die zuständige ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder weigert sich bis heute diesen Beschuß umzusetzen.

Cafe-Konditorei  
**Müller**

Im Herzen von Leoben  
mit wunderschönem  
Gastgarten

Inhaberin: Sabine Huber  
Timmersdorfergasse 6  
A-8700 Leoben • Tel. 038 42 / 432 27



*Müller-Brötchen*

– von Frau Inge  
liebervoll zubereitet

Vorbestellungen unter  
038 42 / 432 27  
oder Mobil Tel. 0650 / 444 3227

Preisgünstige  
Mittagsmenüs,  
warme Küche von 11 bis 17 Uhr

# Erhaltungspflichten des Vermieters: OGH hat entschieden

Die Frage welche Pflichten im Rahmen des Mietrechtsgesetzes (MRG) dem Mieter und welche dem Vermieter bei der Erhaltungspflicht der Wohnung zukommen, hat nun ein OGH-Urteil im wesentlichen geklärt. Die Frage

war, ob der Mieter durch Klauseln im Mietvertrag verpflichtet werden kann, bei Beendigung des Mietverhältnisses die Wohnung auf seine Kosten auszumalen oder ob Mieter oder Vermieter beispielsweise für die Reparatur schad-

haft gewordene Heizkörper zuständig sind. Ist im Mietvertrag über die Erhaltung der Wohnung keine Regelung getroffen, muß dafür ohnehin der Vermieter aufkommen. Das OGH-Urteil bringt nun in einigen Dingen Klar-

heit: Ausmalen, Renovierung von Böden, sofern die Abnutzung nicht über das normale Maß hinausgeht, dürfen nicht mehr dem Mieter aufgebürdet werden. Auch für schadhaft gewordene Heizkörper ist der Vermieter zuständig. Daß Urteil gilt allerdings nur für gewerblich ver-

mietete Wohnungen. Also für solche Vermieter, die mindestens fünf Wohnungen vermietet haben. Neben dem MRG gilt es auch für das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG), dort wo das MRG Anwendung findet. Einige Fragen bleiben jedoch offen: Wer ist für die Erhaltung eines Boilers oder einer Gastherme verantwortlich? Diese Fragen sind deshalb immer noch strittig, da gerade die letzte Wohnrechtsnovelle ausdrücklich die Erhaltung von Boiler und Therme dem Mieter aufgetragen hat. Es wird wohl eines weiteren Ganges zum Höchstgericht bedürfen, um auch in diesen Fragen zu einer endgültigen Klarheit zu gelangen.



## Kauf mich!

**RENAULT SCÉNIC**  
**SONDERMODELL EXTREME 1.9 dCi DPF**

**Bis minus 20% vom Listenpreis\***

\* Scénic Extreme 1.9 dCi mit DPF, Tages- bzw. Kurzzulassung, max. 100 km. Aktion gültig solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Änderungen, Druck und Satzfehler. Gesamtverbrauch von 5,1 bis 8,6 l/100 km. CO<sub>2</sub>-Emission von 137 bis 205 g/km. Alle Abbildungen sind Symbolfotos.

Nur jetzt bei



**VOGEL + CO**

Niklasdorf, Leobner Str. 96  
Tel. 03842/81775

# KOMMENTAR

In der letzten Sitzung hat der Gemeinderat einen folgenschweren Beschluß gefaßt. Die Aufbahrungshalle beim Friedhof wird an die Stadtwerke verkauft. Damit wird die Verkaufspolitik der letzten Jahre fortgesetzt. Nach Gemeindewohnungen, Altenheim, Teilen des Kehrwaldes und des Hauptplatzes folgt nun die städtische Aufbahrungshalle. Wenn auch in diesem Fall als Käufer die noch gemeindeeigenen Stadtwerke auftreten, die Aufbahrungshalle ist nicht mehr unmittelbares Gemeindeigentum. Die KPÖ hat den Verkauf abgelehnt. Uns stößt nicht nur der Verkauf an und für sich auf. Wir lehnen auch die Rahmenbedingungen ab! Der Verkauf ging um 200.000

## Schlechtes Geschäft!

Euro über die Bühne. Gleichzeitig existiert ein Schätzgutachten, welches für die Halle einen Wert von über 600.000 Euro ermittelt. Bürgermeister Wagner hat in der Gemeinderatssitzung behauptet, der schlechte Bauzustand der Halle wurde im Gutachten nicht vollständig berücksichtigt. Dem muß ich heftig widersprechen. Der bautechnische Zustand der Halle wurde im Schätzgutachten sehr wohl mit einbezogen. Das heißt: Die Stadtgemeinde hat auf einige hunderttausend Euro verzichtet. Gleichzeitig weist der Bürgermeister jedes Jahr bei der Erstellung des Gemeindehaushaltes darauf hin, daß wir sparen müssen und daß wir auf jeden Euro angewiesen sind! Durch den Verkauf entgehen uns natürlich auch die jährlichen Pachteinnah-

men für die Halle. Immerhin 25.000 Euro pro Jahr. Noch etwas finde ich im Zusammenhang mit dem Verkauf eigenartig. Die Kaufsumme ist mit 200.000 Euro genau mit dem Betrag festgesetzt, bis zu dem der Aufsichtsrat der Stadtwerke alleine eine Entscheidung treffen kann. Über 200.000 Euro muß die Stadtwerke-Generalversammlung, also der Gemeinderat, entscheiden. Das Argument, die Aufbahrungshalle bleibe ohnehin in der "Familie", da die Stadtwerke sich ja im Eigentum der Stadtgemeinde befinden, geht am Wesentlichen vorbei. Bei allen Dingen, welche die Gemeinde betreffen, ist der Gemeinderat zu befassen und damit die Öffentlichkeit eingebunden, während bei den Stadtwerken Vorstand und Aufsichtsrat unter Ausschuß



Gabi Leitenbauer  
KPÖ-Gemeinderätin

der Öffentlichkeit entscheiden können. Zurück zum Verkauf der Aufbahrungshalle. Ich frage mich: Wie haben es frühere Bürgermeister unter wirtschaftlich viel schwierigeren Bedingungen geschafft Gemeindevermögen zu vermehren? Heute, wo der Reichtum so groß ist wie nie zuvor, können wir uns ohne Verkauf der Aufbahrungshalle angeblich die Sanierung des Friedhofes nicht mehr leisten? Da stimmt etwas nicht!

Gabi Leitenbauer  
KPÖ-Gemeinderätin



**KIA MOTORS**  
The Power to Surprise™

**DER NEUE KIA CEE'd**  
**AB € 15.490,-**  
**AB MONATLICH € 99,-**  
**7 JAHRE GARANTIE**



AUTOHAUS JOHANN HUBER KG  
NIKLASDORF  
www.huberniklasdorf.com  
03842/81317



## Jalousien und Rollos • Reparaturen • Montagen von Sonnenschutzanlagen

- **Jalousien außen-innen**
- **Rolläden**
- **Faltstore**
- **Markisen**
- **Insektenschutz**
- **Reparaturen jeder Art**



Rolloeinbau als Kälteschutz - auch nachträglich!

# Neissl

**GÜNTHER  
NEISSL**

Josefinweg 5  
8700 LEOBEN

**Tel. 0664/48 59 062**

## Ohne Betriebsrat keine Wirtschaftsförderung

Mittel- und Großbetriebe sollen in Zukunft nur mehr dann eine Wirtschaftsförderung des Landes erhalten, wenn in ihren Betrieben ein Betriebsrat existiert. Eine derartige Änderung der Wirtschaftsförderungsrichtlinien des Landes Steiermark wurde

auf Antrag der KPÖ im Landtag mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen beschlossen. Die ÖVP stimmte dagegen. Der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg begründete den Antrag mit der Tatsache, daß es in unserem Bundesland immer noch

viele Großbetriebe gäbe, in denen der Betriebsrat ein Fremdwort sei. Gerade in Zeiten, in denen der Druck auf die Beschäftigten zunehme, seien Betriebsräte jedoch enorm wichtig. Die Wirtschaftsförderung könne hier als Lenkungsmittel eingesetzt werden. Gerald Schöpfer (ÖVP) will davon nichts

wissen. Schöpfer: „Wir dürfen nicht mutwillig in die Sozialpartnerschaft eingreifen.“ Oft sei es so, daß die Belegschaft gar keinen Betriebsrat wünsche. Die Initiative zur Einrichtung von Betriebsräten müsse von der Belegschaft ausgehen und nicht von den Unternehmensführung, so Schöpfer.

## Endlich mehr Lohn für Vigilanten

Die Vigilanten des Landesmuseums Joanneum, zuständig ist SPÖ-Landesrat Kurt Flecker, mußten sich bisher mit wahren Hungerlöhnen zufrieden geben. Auf Antrag von ÖVP, KPÖ und Grünen wird ihr Gehalt jetzt auf 7,60 Euro pro Stunde angehoben. Die SPÖ stimmte dagegen. Die KPÖ will diese Regelung auf alle Beschäftigte in landeseigenen oder landesnahen Betrieben ausgeweitet wis-

sen. In einem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, einen Mindeststundenlohn dieser Beschäftigten von 7,60 Euro netto zu garantieren. Werner Murgg (KPÖ): „Es ist höchst an der Zeit, allen Beschäftigten ein menschenwürdiges Einkommen zu sichern!“ Das Land müsse mit gutem Beispiel vorangehen. Der KPÖ-Abgeordnete erinnerte daran, daß sich alle Parteien im Landtag unlängst bei einer Enquete zu einer Mindestsicherung bekannt hätten, gleichzeitig gäbe es immer noch Schundlöhne. Der Gewerkschafter Klaus Zenz (SPÖ) erteilte dem Ansinnen eine Abfuhr. „Der KPÖ-Antrag geht am Ziel weit vorbei!“ SPÖ und ÖVP stimmten gegen den Antrag.

## 10 Jahre Gartenspezi

Das Gartenparadies Gartenspezi feiert sein zehnjähriges Jubiläum. Die Kunden wissen: Hier wird ihnen nicht nur ein gewissenhaftes Service und eine rasche Abwicklung sämtlicher Garantiearbeiten geboten. Die Firma Gartenspezi hat ein großes Ersatzteillager für alle Geräte. Auf Wunsch bietet das Gartenparadies Gartenspezi seinen Kunden einen prompten Abhol- und Zustelldienst. Es versteht sich von selbst, daß alle Rasenmäher

und Traktoren vor Auslieferung an die Kunden betriebsbereit zusammengebaut werden. Ein Geräte-eintausch ist jederzeit möglich, laufend gibt es günstige Sonderangebote. Ein Besuch beim Gartenparadies Gartenspezi lohnt sich immer!

**Gartenspezi: Gegenüber der Betriebskrankenkasse Donawitz in Leoben-Donawitz**

**Öffnungszeiten:  
Mo bis Fr: 8 bis 18 Uhr,  
Sa: 8 bis 12 Uhr**

**Impressum:** Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 22 6 70, Fax 27 4 17. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz

www.gartenspezi.at

# Willkommen im Gartenparadies!

## SONDERAKTION

BEIM KAUF DES TWIN-CUT PLUS RASENTRAKTORS BEKOMMEN SIE DIE ABGEBILDETE SÄGE GRATIS (solange der Vorrat reicht)



### TWIN-CUT-Plus 17,5 PS

Elektrostart, 4-Taktmotor,  
102 cm Schnittbreite - 300 ltr -  
Fangbox, Automatic Getriebe  
2 Jahre Garantie  
statt € 3.290,-

**Betriebsfertig  
zugestellt!**

Immer Aktuell -  
immer Günstig

AKTIONSPREIS

**€ 2.490,-**

### Benzinkettensäge

Homelite i 3850 b,  
2,3 PS  
Schnittlänge 40cm  
2 JAHRE GARANTIE



Informationen unter

**Mobil: 0676 702 64 30**

(Hr. Obergruber)

**Garten u. Geräte-Spezi**  
gartenspezi@aon.at

**Verkauf Service Ersatzteile**

Tel. + Fax 03842 - 29 290  
Mobil 0676 - 702 64 30  
8700 Leoben, Kerpelystraße 74

**Aus dem Trofaiacher Gemeinderat**

# Aufbahrungshalle verkauft

In der Gemeinderatssitzung am 26. April wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen die städtische Aufbahrungshalle um 200.000 Euro verkauft. Käufer sind die Trofaiacher Stadtwerke. Die Stadtwerke werden die Halle sanieren. Bisher wurde die Halle von den Stadtwerken auf Basis eines Pachtvertrages genutzt. Ein Schätzgutachten ermittelte den Wert der Aufbahrungshalle mit mehr als 600.000 Euro.

KPÖ-Gemeinderätin Gabi Leitenbauer wandte sich entschieden gegen den Verkauf: „Offenbar macht Bürgermeister Wagner vor nichts mehr halt. Nachdem in der Vergangenheit bereits Teile des Kehrwaldes, des Hauptplatzes und die Gemeindefürsorge verkauft wurden ist jetzt die Aufbahrungshalle an der Reihe!“ Gabi Leitenbauer kritisierte den ihrer Meinung nach gegenüber dem Schätzgutachten viel zu geringen Verkaufspreis von

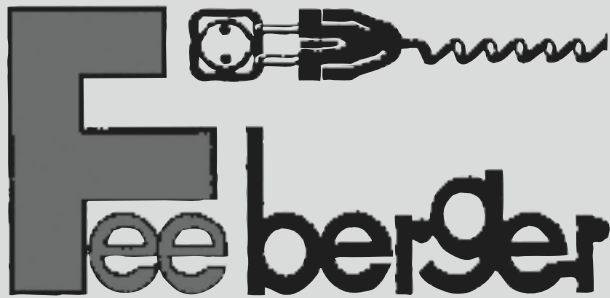
200.000 Euro. Bürgermeister Wagner rechtfertigte den Verkauf unter anderem mit der dringend notwendigen Sanierung des Gebäudes. Das würde sich am Verkaufspreis niederschlagen. Der Erlös werde für dringend notwendige Investitionen am Stadtfriedhof benötigt. Gegen den Verkauf stimmten KPÖ und FPÖ. Eingangs der Sitzung informierte Bürgermeister Wagner über eine von der Firma „Verkehr Plus“ aus-

gearbeitete Stellungnahme zur Lösung der steigenden Verkehrsbelastung in der Langfelderstraße. Zwei Erschließungsvarianten von Gimplach werden vorgeschlagen: Ein Tunnel zwischen Gößgraben und B 115 bzw. eine Verbindung im Bereich Panoramaweg. Diese ist umweltpolitisch wohl kaum vertretbar. Die Tunnelösung sei, so der Bürgermeister, kaum finanzierbar. KPÖ-Gemeinderat Johann Dallinger kritisierte, daß die Geschwindigkeitsbeschränkung in der Dellachergasse kaum eingehalten werde. Er regte die Installierung eines Geschwindigkeitsmessgerätes an.

## Hauptplatz heißt jetzt Raiffeisenplatz

Die Raiffeisenbank wird am neuen Hauptplatz ein Bankgebäude errichten und hat deshalb um die Umbenennung eines Teiles des Platzes in Raiffeisenplatz ersucht. Gabi Leitenbauer (KPÖ) lehnte namens ihrer Fraktion die Umbenennung ab: „Nur weil eine Bank ein paar Euro springen läßt, braucht man noch lange nicht einen Platz nach ihr benennen! Noch dazu, wo die Raiffeisenbank diesen Platz von der Gemeinde zu günstigen Bedingungen bekommen hat.“ Die KPÖ stellte den Antrag, diesen Teil des Platzes in Klara und Ludwig Krall-Platz umzubenennen, da laut einem Gemeinderatsbeschluß aus dem Jahr 2004 bei zukünftigen Straßen- oder Platzbenennungen das Ehepaar Krall zu berücksichtigen wäre. Das Trofaiacher Ehepaar Krall war vom Naziregime zum Tode verurteilt worden. Der KPÖ-Antrag wurde nur von der FPÖ unterstützt und war somit abgelehnt. Gegen die

Umbenennung in Raiffeisenplatz stimmten KPÖ, FPÖ und Grüne. Die Sanierung bei Hallenbad und Sauna wird fortgesetzt. Nachdem schon der gesamte Fußboden saniert wird, werden nun auch die Umkleide- und Duschräume instandgesetzt. Die Sanierung wird durch die Firma NEC, an der die Familie Scherübl beteiligt ist, durchgeführt. Kostenpunkt 107.600 Euro. FPÖ-Gemeinderat Thomas Ecker wollte wissen, wieviel Angebote dazu eingeholt wurden. Es habe, so Bürgermeister Wagner, dazu keine Ausschreibung gegeben, da es sich um einen Folgeauftrag handle. Johann Dallinger (KPÖ) kritisierte die fehlende Ausschreibung und die Tatsache, daß im Anbot keine detaillierten Posten für die einzelnen Arbeiten aufscheinen, sondern nur eine Pauschalsumme. Deshalb, so Dallinger, werde die KPÖ dem nicht zustimmen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen angenommen. An Bundes- und Landesregierung wurde eine Resolution für eine Sicherstellung der Pflegevorsorge und Altenbetreuung beschlossen. Gabi Leitenbauer: „Es ist richtig, wenn wir dagegen protestieren, daß auf die Gemeinden immer mehr Kosten zukommen. Wir lehnen die Resolution trotzdem ab, weil darin mehr private Vorsorgemaßnahmen eingefordert werden. Das würde bedeuten: Noch mehr Kosten für die betroffenen Pflinglinge und ihre Familien als schon bisher!“ Es sei, so Leitenbauer, abzulehnen, daß mit der Betreuung alter Menschen Profite gemacht werden. Hier müsse gegen gesteuert werden!



elektro-installations-ges.m.b.h.

GÖSS • gösserstraße 83

- ➔ Durchführung sämtlicher E-Installationen
- ➔ Blitzschutzanlagen
- ➔ E-Heizungen
- ➔ Entstördienst
- ➔ Wir beraten Sie unverbindlich – und planen für Sie!

Tel. (038 42) • 25 0 33



## KOMMENTAR

KPÖ-Gemeinderat  
Johann Dallinger



## Anrainerinnen und Anrainer der Langefelderstraße nicht länger verträsten!

Die steigende Lärmbelastung in der Langefelderstraße, vor allem durch Zunahme des Schwerverkehrs von und nach Gai-Gimplach, beschäftigt uns schon lange. Die KPÖ ist im Gemeinderat bereits vor längerer Zeit mit einem Antrag aktiv geworden. Wir haben den Bürgermeister aufgefordert, ernsthaft Konzepte einer alternativen Verkehrserschließung dieses Ortsteiles von Gai zu entwickeln. Nun liegt eine Studie vor, die zwei neue Erschließungsvarianten präsentiert. Das Ergebnis kann bestenfalls als „Schmalspurstudie“ bezeichnet werden. Wie sonst soll man ein Dreiseitenpapier nennen, welches vorgibt ernsthaft Alternativen geprüft zu haben. Die sogenannte „Fachliche Stellungnahme“ schlägt zwei Alternativen zur bisherigen Erschließung über die Langefelderstraße vor. Einmal eine Verbindungsspanne durch den Kehrwald. Damit würde wertvolles Naherholungsgebiet verloren gehen. Es erübrigt sich über diese Variante überhaupt nachzudenken. Ein zweiter Vorschlag sieht die Errichtung eines Tunnels im Bereich Kurzheim vor. Nicht nur die Autoren der Stellungnahme sehen diese Variante wegen des gewal-

tigen baulichen und finanziellen Aufwandes kritisch! Das war es dann auch. Andere Lösungen werden nicht vorgeschlagen. Obwohl auch die Studienautoren zugeben, daß die derzeit vorliegenden Verkehrsbelastungen in Bereichen der Langefelderstraße eine Belastung bereits im Grenzbereich darstellen. Bis zu 6.000 Kraftfahrzeuge pro Tag werden hier gezählt. Vor allem die steigende Zahl von LKWs macht den Anrainerinnen und Anrainern zu schaffen! Da kann man nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag auf eine Verkehrsreduktion hoffen. Erste Schritte müssen jetzt gesetzt werden. Bis eine annehmbare alternative Verkehrserschließung von und nach Gimplach gefunden ist, schließlich entsteht in Gimplach gerade ein neues Gewerbezentrum, braucht es Sofortlösungen um die Lärmbelastung zu senken. Beispielsweise eine Überwachung der 30-km/h Beschränkung durch Radarkästen. Das würde die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten, vor allem auch die der LKWs, deutlich reduzieren und zu einer Reduzierung des Lärmpegels beitragen!

Johann Dallinger  
KPÖ-Gemeinderat

## KPÖ für Abschaffung des Regresses bei Sozialhilfe

Viele Menschen scheuen sich um Sozialhilfe anzusuchen, da sie vor der Rückzahlungsverpflichtung Angst haben. Denn haben sie wieder ein selbständiges Einkommen, müssen sie Teile als Rückzahlung verwenden. Vielen gelingt es dadurch kaum, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen. Die KPÖ hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regreßpflicht bei der Sozialhilfe abzuschaffen. Eine Abschaffung des Re-

gresses würde lediglich 2,6 Millionen Euro kosten. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Dem Baumulti Rogner wurden mit einem Strich 4,5 Millionen Euro erlassen. Bei unserem Antrag geht es um 31.335 Menschen in der Steiermark, die zu den Ärmsten der Armen gehören!“ Soziallandesrat Kurt Flecker (SPÖ) versprach ab 2009 die Regresse abschaffen zu wollen. Trotzdem wurde der KPÖ-Antrag mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt.



**FAST**  
SONNENSCHUTZ  
Ernst Lenz

Gemeindestrasse 4, 8712 Proleb  
Tel. 03842/81 240, Mobil 0664/100 9500

Natürlich  
gesund Schlafen  
für Ihr Wohlbefinden



**Zustellung sowie Entsorgung der alten Matratze kostenlos!!**



**erst sehen,  
dann kaufen!**

Tapezierer Ponsold machts möglich mit dem neuen Visualisierungsprogramm!



In unseren Geschäftsräumen können Sie mit unserem neuen Computerprogramm sehen, wie der von Ihnen ausgewählte Stoff fertig tapeziert aussieht!

NEUANFERTIGUNG – REPARATUR – HANDEL

**Ponsold**

RAUMAUSSTATTER - TAPEZIERERMEISTER

MATRATZEN	LATTENROSTE
POLSTERMÖBEL	STILMÖBEL
STAPPDECKEN	BETTEN

**8700 Leoben, Ferdinand Hanusch Straße 35**  
**Tel. / Fax: 038 42 / 27 302**

Öffnungszeiten: Mo-Fr: 8:00-12:00 und 14:00-17:00 Uhr

**www.ponsold.com**

## Maßgeschneiderte Schlafösungen bei Ponsold

Wie fit und gesund wir durchs Leben gehen entscheidet zu einem großen Teil die Qualität unseres Schlafes. So wie in vielen anderen Branchen wird auch am Matratzensektor versucht, den Markt mit Billigprodukten zu überfluten. Dem eigentlichen Kundenwunsch, qualitativ hochwertige Matratzen zu erwerben wird zu wenig Beachtung geschenkt. Als erfahrener Bettwarenerzeugermeister kann ich sehr genau Billigprodukte (die auf den ersten Blick nicht sichtbar sind) erkennen,

um Kunden so vor Fehlkäufen zu bewahren.

So habe ich für Sie in meinem Geschäft die attraktivsten Produkte verschiedener Hersteller zum Probieren bereitgestellt. z.B. eine Komfortmatratze in zwei Härtegraden, mit Schurwolle oder mit waschbarem Bezug samt Lattenrost um 390 Euro.

Mit der richtigen Matratze und der Einhaltung von ein paar wichtigen Grundregeln schaffen Sie beste Voraussetzungen für eine erholsame Nachtruhe und einen erfolgreichen Tag.

## Polstermöbel im Wandel der Zeit

**Möchten Sie Ihre alten Polstermöbel neu tapezieren lassen oder kommt Ihnen ein Neukauf billiger?**

Wir bieten folgende Alternativen an: Entscheiden Sie sich fürs Neutapezieren, können Sie aus über 3800 Möbelstoffen, Möbelleder oder Alcantara das für Sie Passende auswählen. Durch

die Auswahl eines neuen Möbelstoffes verleihen Sie Ihrem Möbelstück ein neues, strahlendes Aussehen. Aber auch komplette Neuanfertigungen von Polstermöbeln (Garnituren) nach Ihren eigenen Ideen und Vorstellungen und in jedem gewünschten Sondermaß können wir für Sie in unserer Werkstatt anfertigen.

*Besuchen Sie uns in unserem Geschäft!*

## KPÖ blitzt ab: Kein Alkoholverbot im Landtag

Die KPÖ wünscht sich während der Landtagssitzungen ein striktes Alkoholverbot in der Landstube. In der Landtagssitzung im Mai wurde von ihr ein dahingehender Antrag eingebracht. KPÖ-Klubobmann Ernst Kaltenecker machte während der Debatte nochmals klar, daß ein derartiges Alkoholverbot in den meisten Betrieben ohnehin eine Selbstverständlichkeit sei. Während der Arbeitszeit sollte kein Alkohol

getrunken werden. Von diesem Grundsatz dürften sich auch Abgeordnete nicht selbst ausnehmen. Schließlich sei der Landtag deren Arbeitsplatz. Überdies hätten Politikerinnen und Politiker eine Vorbildfunktion. Die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP wollen offenbar auch während der Landtagssitzung weiterhin auf einen guten Schluck nicht verzichten und zeigten dem KPÖ-Antrag die rote Karte.



## MEINUNG

# Arbeiten bis 67?

Vor der letzten Nationalratswahl hat die SPÖ die Pensionsreform von Ex-Bundeskanzler Schüssel heftig kritisiert – zu Recht! Einer der Kritikpunkte war die Tatsache, daß man jetzt erst mit 65 Jahren ohne Pensionsabschläge in Pension gehen kann. Auch wenn man bereits vor dem 65. Lebensjahr 45 Versicherungsjahre erreicht. Jetzt stellt die SPÖ mit Alfred Gusenbauer den Bundeskanzler. Von einer Rücknahme dieser Verschlechterung ist aber keine Rede mehr. Im Gegenteil: SPÖ-Sozialminister Buchinger denkt bereits laut über ein Pensionsantrittsalter von 67 Jahren nach. Gleichzeitig muß man wissen, daß rund die Hälfte der Berufstätigen wegen berufsbedingter kör-

perlicher Schäden frühzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet. Die heute Aktiven sind einem immer größer werdenden Arbeitsdruck ausgesetzt. Viele werden bereits die durch die Schlüsselregierung verlängerte Lebensarbeitszeit gesundheitlich nicht durchhalten. Kaum ein Betrieb behält einen Arbeiter oder Angestellten bis 67 Jahre. Der Personalchef von Magna fabuliert bereits von Lohnkürzungen älterer Arbeiter und Angestellter, weil sie nicht mehr so belastbar wären wie die Jungen. Trotz angeblicher Hochkonjunktur gibt es immer noch an die 300.000 Arbeitslosen. All das zeigt, wie absurd die Forderung von Arbeiten bis 67 ist! Die Pensionen wird man nicht durch eine Verlänge-

rung der Lebensarbeitszeit sichern können. Da bedarf es ganz anderer Mittel. Beispielsweise der Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, wie sie bereits vor Jahrzehnten vom damaligen Sozialminister Dallinger gefordert und von der Wirtschaft als „Maschinensteuer“ verunglimpft wurde. Mit einer derartigen Abgabe könnten die gewaltigen Rationalisierungsgewinne der Unternehmen abgeschöpft und zur Sicherung des Pensionsystems verwendet werden. Denn während beispielsweise vor zehn Jahren hundert Menschen in einer Woche einen LKW erzeugt haben, erzeugen heute 50 Arbeiter diesen LKW in der halben Zeit. Das bedeutet. Immer weniger Menschen werden

zur Herstellung der Güter gebraucht. Deshalb müssen diese Produktivitätsgewinne der Konzerne abgeschöpft werden. Stattdessen werden sie aber zu Finanzspekulationszwecken rund um die Erde geschickt. Hier bedarf es einer Gegensteuerung und nicht der Anhebung des Rentenalters. Die Überlegungen des neuen SPÖ-Sozialministers unterscheiden sich in keiner Weise von den Vorstellungen der ÖVP und der Industriellenvereinigung und führen geradewegs zu einer weiteren Umverteilung weg von den arbeitenden Menschen und Pensionisten hin zu den Konzerngewinnen. Dazu brauchen wir wirklich keine SPÖ-Mehrheit im Parlament!

Karl Rusheim

## Was uns ein- und auffällt...

...daß SPÖ-Finanzstaatssekretär Christoph Matznetter wieder einmal ein gutes Beispiel dafür geliefert hat, wie bei den Sozialdemokraten Wort und Tat immer schwieriger unter einen Hut zu bringen sind. Während er am 1. Mai in Leoben vom Kampf der Sozialdemokratie für den 8-Stunden-Tag **fabulierte**, wurde fast zeitgleich im Parlament mit den Stimmen der SPÖ die gesetzlich mögliche Ausweitung der täglichen Arbeitszeit auf bis zu 12 Stunden beschlossen.

...daß die WAG offenbar ihre Wohnungen immer schwerer an den Mann und an die Frau bringt. Wie sonst wäre es möglich, daß sie Jedem, der einen neuen Mieter vermittelt **150 Euro schenkt**. Wir hätten einen besseren Vorschlag: Billigere Wohnungen!

...daß mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP im Landtag ein neues Dienstrecht für Kindergärtnerinnen beschlossen wurde, in deren Folge es für die Beschäftigten und Kinder zu **Verschlechterungen**

kommt. So ist es nun beispielsweise gesetzlich möglich, Kindergärtnerinnen ohne Gehaltszuschuß eine Woche länger arbeiten zu lassen. Unverständlich, daß in der letzten Gemeinderatssitzung Bürgermeis-

ter Wagner stolz berichtete, daß wesentliche Impulse für diesen Anschlag auf die Rechte der Beschäftigten von Trofaiach ausgegangen waren.

## Neue QUADS von KYMCO

MAXXER 50, führerscheinfrei

Symbofoto



Jetzt  
**AKTIONSPREISE**  
Mopeds:  
**ab € 899,-**

**SPRUNG – LEOBEN**

Langgasse 1  
Tel. 038 42/43 6 41

# Ohne Betriebsrat keine Wirtschaftsförderung

Der Druck auf die Beschäftigten wird täglich größer! Da bieten Betriebsräte einen gewissen Schutz vor unternehmerischer Willkür. Trotzdem gilt es vielfach in Unternehmerkreisen immer noch als chic ohne Betriebsrat auszukommen. Das Fehlen einer gesetzlich vorgesehenen Arbeiter- und Angestelltenvertretung ist nicht dem Unwillen der dort Beschäftigten, einen Betriebsrat einzurichten, geschuldet, sondern sehr oft dem Druck der Unternehmensführung. Durch einen Betriebsrat gut organisierte Arbeiter und Angestellte haben allemal mehr Durchsetzungsmöglichkeiten ihrer Rechte, als

Beschäftigte in Betrieben, wo jeder Arbeiter und jede Angestellte dem „Chef“ einzeln gegenüber treten muß. Wer hier einen Betriebsrat einrichten will, sieht sich deshalb sehr oft dem Druck der Unternehmensführung ausgesetzt. Jüngstes Beispiel ist die Textilhandelskette Kik. Was Frank Stronach von unabhängigen Betriebsräten hält ist bekannt. Die großen privaten steirischen Abfallentsorger besitzen durch die Bank kaum Betriebsräte. Deshalb unser Antrag, in Zukunft nur mehr solchen Mittel- und Großbetrieben eine Förderung zukommen zu lassen, die einen Betriebsrat

besitzen. Erfreulicherweise wurde der Antrag im Landtag angenommen. Daß die ÖVP dagegen stimmte war zu erwarten. Ebenso, der darauf folgende Protest von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Der Klasseninstinkt der Unternehmer sagt ihnen sehr schnell, wenn ihre Freiheiten beschnitten werden könnten. Aber auch Arbeiter und Angestellte haben ein Klasseninteresse. Dazu gehört die Existenz von Betriebsräten. Das Argument von ÖVP- und Unternehmerseite, die KPÖ würde mit diesem Antrag die Einrichtung von Betriebsräten den Unternehmern aufbürden, geht ins Leere! Unser

Antrag verpflichtet nicht die Unternehmer zur Einrichtung von Betriebsräten. Das ist selbstverständlich nach wie vor Sache der Belegschaft. Unser Antrag soll es in Zukunft schwieriger machen Druck auf Beschäftigte auszuüben, die einen Betriebsrat einrichten wollen.

Werner Murgg  
KPÖ-Landtags-  
abgeordneter

faro-zec.at



» Ich hab was gegen  
Unternehmer, die  
Ausnehmer sind.

alles  
klar?

Als Arbeitnehmer/in oder Lehrling sollten Sie gut über Ihre Ansprüche und Rechte Bescheid wissen. Wir beraten Sie gerne in allen Fragen rund um Beruf und Arbeitsrecht.

☎ 05 7799-0 [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at)

Wir wissen, was Sie wissen müssen.





# huettenarbeiter

## Voestalpine verspricht Rekordgewinne

Ein Rekordergebnis meldete der Voestalpine-Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr 2006-2007: Die Leistungen der Beschäftigten erbrachten dank der internationalen Stahlkonjunktur mit Sieben Milliarden Euro eine Umsatzsteigerung von 13,1%, das Betriebsergebnis stieg sogar um 39,9% und der Reingewinn um 45,5% auf 765 Millionen Euro. Der Konzern hat "Geld wie Heu", meinte zuvor schon der ORF. Böhler-Uddeholm hat soeben ein Quartal mit 14% Umsatzsteigerung sowie einem Gewinnplus von 37% gemeldet.

Mit dem Kauf von Böhler-Uddeholm durch die Voestalpine ist ein neuer Konzern entstanden, in dem insgesamt fast 40.000 Beschäftigte – davon knapp 19.000 in Österreich – mit einem Umsatz von 10,25 Milliarden Euro einen Reingewinn von mehr als einer Milliarde erarbeiten sollen. Die Fusion allein, so heißt es, werde jährlich 65 Millionen Euro einsparen. Voestalpine-Chef Eder kann daher den Aktionären schon jetzt versprechen: nach 78 Cent je Aktie heuer gibt es dann 1,45 Euro pro Aktie und in der Folge vier Prozent Dividende auf den Jahresdurchschnitt des Aktienkurses. Der Kurs der Voestalpine-Aktien ist in den letzten drei Monaten um fast 25% gestiegen und pendelt weiter nach oben. Das Feilschen um die Böhler-Aktien ist noch lange nicht abgeschlossen. Ein paar hundert Millionen Euro mehr als ursprünglich an-

geboten wandern von der Voestalpine in die Taschen etlicher Privatanleger sowie auf die Konten einiger Versicherungen und Banken. Sie alle konnten ihre Böhler-Aktien um mindestens das Doppelte verkaufen als sie dafür seinerzeit bezahlt haben, abgesehen von den seither kassierten Dividenden. Einige Heuschrecken hoffen allerdings, noch mehr abzuzocken: Werden demnächst für Böhler-Aktien höhere Preise erzielt als die bisherigen 73 Euro, mehr als 40 Prozent der Aktien werden noch gehalten, muss die Voestalpine auch für die bereits gekauften Aktien noch einmal in die Tasche greifen.

### Privat kassiert besser

Zur Erinnerung: Böhler-Uddeholm - nach der Zerschlagung der verstaatlichten Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) durch die Fusion mit der schwedischen

Uddeholm und einigen anderen Zukäufen entstandener neuer Konzern - hat durch höchst qualifizierte Ingenieur- und Facharbeit seine bisherige Weltmarktposition weiter ausbauen können. Ein Rekordjahr folgte dem anderen, was die Produktivität, die Umsätze und die Gewinne betrifft. 2003 war die Privatisierung abgeschlossen. Besorgnis über Privatisierung und Ausver-

kauf der heimischen öffentlichen Wirtschaft kommt aus verschiedenen Richtungen. Zuletzt hat Werner Muhm, Direktor der AK Wien, auf die Gefahren hingewiesen. Die mächtigen Investoren seien an schnellem Geld und nicht an der Erhaltung der Unternehmen interessiert. Relativ sicher seien Unternehmen, deren Kernaktionäre die öffentliche

*Fortsetzung umseitig*



**Events 2007**

**Thorsten Havener**  
„Der Gedankenleser - Faszinierend“  
Do 27.09. / Congress Leoben

**Alexander Bisenz**  
„Klappsmühlenkabarett“  
Mi. 03.10. / Kulturhaus Bruck / Mur

**Toni Stricker**  
„Pannonien & Jazz / Trio – Impressionen“  
Mi. 14.11. / Leoben / Congress

**PRO MOTIONS**  
Werbe & Veranstaltungs GmbH

www.promotions-gmbh.at

Vorverkaufskarten in allen Raika-Filialen und Ö-Ticket



Fortsetzung von Seite 11

Hand oder österreichischen Unternehmen sind. Solche Meldungen aus dem Bereich AK und Gewerkschaften sind nicht neu. Seit mehr als zwei Jahrzehnten stellen sich alle Regierungen gegenüber den Forderungen der Beschäftigten und ihrer Organisationen taub und blind. Das gilt auch für die gegenwärtige Regierung. Der Wille zur Privatisierung ist immer noch stärker als der zur Erhaltung des öffentlichen Eigentums oder gar zur Wiederverstaatlichung. Die Privatisierung wird vom Vorstandschef und ÖVP-Berater Claus Raidl stets als Ursache für den Aufschwung im Gegensatz zur Zeit der Verstaatlichung bezeichnet. Das greift ebenso zu kurz wie seine Behauptung, von einer Arbeiterklasse zu reden sei überholt. Man muß nur Dividenden, Kursgewinne beim Aktienhandel sowie die Erlöse beim Aktienverkauf

im Zuge des Kaufs durch die Voestalpine zusammenzählen und der Entwicklung von Löhnen und Gehältern gegenüberstellen, um den Unterschied zwischen Kapital und der Arbeiterklasse, als Summe der Lohnabhängigen, zu erkennen. Das gilt für die ganze österreichische Wirtschaft: Der Anteil sämtlicher Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit ist in den letzten Jahren von mehr als 70% auf weniger als 60% des gesamten Volkseinkommens gesunken, dementsprechend stieg der Anteil von Einkommen aus Besitz, Vermögen und Unternehmen. Daß man den Beschäftigten ein Bakschisch zukommen läßt, beispielsweise ein paar Aktien als „Gewinnbeteiligung“, ist ein weiterer Trick.

#### Risiko – für wen?

Ein Schlagwort wird von den kapitalistischen Ideologen besonders gern angeführt: das Risiko der Inves-

toren. Es besteht darin, daß aus Profiten angesammelte Kapitalien in neue Veranlagungen investiert werden, mit dem Ziel, möglichst hohe Gewinne herauszuholen, die natürlich von den Lohnabhängigen zu erarbeiten sind. So steigt unentwegt die Produktivität und mit ihr der Profit. Kapitalvertreter wie Claus Raidl meinen: Ist ein Betrieb in der Krise, müssen vielleicht von 10.000 Beschäftigten 1000 gekündigt werden – damit die übrigen 9000 einen sicheren Arbeitsplatz haben. Tatsächlich meint er: damit die Gewinne der Investoren sicher sind. Sollten die Gewinne der Investoren tatsächlich gefährdet sein, verliert ein Mehrfachinvestor vielleicht etwas von seinen Gewinnprozenten, nicht aber sein Kapital oder gar seine Existenz. Was ist das gegenüber dem Verlust der einzigen Existenzmöglichkeit für einen oder für 1000 Arbeiter oder Angestellte?

## Staatlicher Einfluß ist wichtig!

Dieser Tage ließ eine interessante Meldung aufhorchen. Während in Österreich von SPÖ und ÖVP in strategischen Industriebereichen auf Teufel komm raus privatisiert wird ticken in Deutschland die Uhren anders. Bei uns wurden die Edeltahlschmieden voestalpine und Böhler-Uddeholm zur Gänze privatisiert. Am deutsche Salzgitterkonzern hält das Land Niedersachsen eisern an seiner 25 Prozent Sperrminorität fest. „Und bevor Ministerpräsident Christian Wulff diesen Anteil verkauft, muß Niedersachsen Bankrott angemeldet haben“, heißt es im Wirtschaftsblatt.

# Gasthaus „Zur Gladen“

Fam.Reichmann

Gladenstrasse 4  
8793 Trofaiach  
Tel: +43 3847 2227

office@gladenwirt.at • www.gladenwirt.at

### Öffnungszeiten:

Dienstag bis Samstag von 9.00 bis 24.00 Uhr.  
Warme Speisen bieten wir bis 21.00 Uhr an.  
An Sonn- und Feiertagen schließen wir die  
Küche um 20.00 Uhr.  
Montag haben wir Ruhetag!



AUF VORBESTELLUNG:

**Backhendl**  
zum Mitnehmen

**Grillstelzen**



# Die voestalpine Stahl Donawitz investiert in die Zukunft

*Mit dem Baubeginn Ende Juni 2007 wird mit der Umsetzung eines ambitionierten Wasserkonzeptes der voestalpine am Standort Donawitz begonnen. Im Zuge der Realisierung wird nicht nur der Kühl-*

Im Juni 2007 erfolgt der Start für ein zukunftsweisendes Bauprojekt der voestalpine Donawitz, welches neue Impulse für die gesamte Region setzt. Die baulichen Maßnahmen beinhalten neben einer Rohrtrasse, die vom Werk bis zur Mur führt, noch einen Stollen durch einen Ausläufer des Annabergs sowie eine Pump- und Turbinenanlage an der Mur. Im Zuge der Umsetzung wird überdies der bestehende Energiebetrieb am Standort modernisiert, um ein rund um optimales ökonomisches sowie ökologisches Ergebnis zu erzielen.

Durch dieses Wasserkonzept wird der Kühlwasserbedarf des Standortes Donawitz langfristig und gleichzeitig ökologisch gesichert. In Zukunft wird Wasser aus dem Vordernbergerbach bei der Theodorawehr entnommen, zusätzlich Kühlwasser von der Mur ins Werk Donawitz gepumpt und unter Berücksichtigung aller behördlichen Auflagen in die Mur zurück geleitet.

Die vollständige Entlastung des Vordernbergerbaches von Immissionen aus dem Wasser-

rücklauf erfolgt durch die direkte Rückleitung mittels der neuen Rohrtrasse in die Mur. Aufgrund des Höhenunterschieds bei der Rücklaufleitung kann der Durchfluß mittels einer Turbine zusätzlich energetisch genutzt werden. Ein zusätzlicher Nutzen, der die Nachhaltigkeit dieses Wasserkonzeptes deutlich hervorhebt.

Die Entlastung der Umwelt liegt dabei in der Natur der Sache und unterstreicht erneut, daß die voestalpine ihre Umwelt-Verantwortung aktiv in die Tat umsetzt. Durch den Einsatz innovativer Techniken wurden in Donawitz in den letzten Jahren bereits weitestgehend saubere Prozesse in der Stahlproduktion realisiert. Mit diesem Wasserkonzept erfolgt nun der nächste Schritt im Rahmen dieser Entwicklung, der die Umwelt in Donawitz auch zukünftig nachhaltig entlasten wird. Im selben Atemzug steigert die voestalpine die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region, was sich selbstverständlich auch in einer ausgezeichneten Lebensqualität widerspiegelt.

*wasserbedarf der ständig wachsenden Produktionsanlage langfristig gesichert, sondern es kommt auch zu einer vollständigen Entlastung des Vordernbergerbaches.*



#### Technische Realisation

- 1 **Rohrtrasse**  
Druckrohr-Leitungssystem, welches das benötigte Kühlwasser von der Mur ins Werk und wieder zurück leitet
- 2 **Annabergstollen**  
Durchführung eines Ausläufers des Annaberges durch einen Stollen mit einer Länge von ca. 600 m
- 3 **Pumpstation**  
Entnahme von Kühlwasser für die Produktionsanlagen und Gewinnung von Energie beim Wasserücklauf



## KOMMENTAR

# Immer länger arbeiten?

Es bedurfte jahrzehntelanger Kämpfe einer gut organisierten Gewerkschaftsbewegung um den Acht-Stunden Tag gesetzlich zu verankern. Heute scheint die Geschichte wieder den Rückwärtsgang eingelegt zu haben. Was kämpferische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor langer Zeit erkämpft haben, wird von einer sozialpartnerschaftlich eingelullten Gewerkschaftsführung jetzt wieder verspielt. Die Industrie jubelt. Zu Recht! Hat sich doch die SPÖ-ÖVP-Bundesregierung mit ihren Stimmen im Parlament gerade einen der bisher gewaltigsten Anschläge auf arbeitsrechtliche Errungenschaften absegnen lassen. Schauen wir uns die Fakten an: Zwölf-Stunden-

Schichten werden legalisiert, auch wenn keine „wirtschaftliche Notwendigkeit“ vorliegt. Statt acht können nun zehn Stunden oder zwölf Stunden tägliche Normalarbeitszeit vereinbart werden. Bis zu 60 Stunden pro Woche sind jetzt erlaubt. Über die Durchrechnungszeiträume ist man sich noch nicht einig. Wenn auch Überstundenzuschläge bezahlt werden müssen, so birgt die neue Regelung doch die eine entscheidende Verschlechterung für die Beschäftigten. Zu Überstunden kann nun jeder Beschäftigte gezwungen werden. Das heißt: De facto kehren wir zum Zehn- oder Zwölf-Stundentag zurück. Auch für Teilzeitbeschäftigte können Überstunden jederzeit angeordnet werden. Die

Gewerkschaft rechtfertigt ihre Zustimmung auch damit, daß mit dieser Regelung bisher ohnehin bereits etablierte Zustände lediglich legalisiert würden. Da muß die Frage gestattet sein, warum der ÖGB diesen Unternehmertriben bisher offenbar tatenlos zugesehen hat. Statt endlich dagegen aktiv zu werden, fällt dem ÖGB nicht besseres ein als dem Ganzen nun einen gesetzlich legalen Rahmen zu verpassen. Dieser Tage erschien im Wirtschaftsblatt ein interessanter Kommentar. Darin kommt selbst der sicher nicht unternehmerfeindlich eingestellte Wirtschaftsblattredakteur zum Schluß, daß während der letzten Jahre die Gewinne vieler Unternehmen zwar explodiert seien,



Helmut Edlinger,  
GLB-Betriebsrat

die Arbeiter und Angestellten jedoch de facto Reallohnverluste hinnehmen mußten. Durch die neue Arbeitszeitregelung wird die Produktivität der Betriebe weiter steigen. Gleichzeitig damit steigen die Belastungen für die Beschäftigten. Was wir brauchen ist nicht eine gesetzlich verordnete Mehrarbeit, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Helmut Edlinger  
GLB-Betriebsrat

## Gastronomiebetrieb mit Gastgarten in Trofaiach



Für solide Existenzgründung (durch Mieteinnahmen geringe Eigenkosten), alle Nutzungsmöglichkeiten (auch Lager, Wohnung, Geschäfte, u.s.w.)

Top zentrale Lage - Top Preis! Mehrgeschossiger Aufbau statisch möglich Pub mit schönem Gast-

garten (zur Zeit leerstehend) + 2. Pub (zur Zeit vermietet) + großes Untergeschoß mit eigenem Parkplatz (zur Zeit an Wellnessbetrieb vermietet)

Großer Parkplatz! Gebäudegrundfläche ca. 320 m<sup>2</sup> - insgesamt ca. 1350m<sup>2</sup>

ab sofort komplette Liegenschaft zu verkaufen!

Info-Tel. 0650/ 20 41 958

## Verabschieden sich nun auch die Grünen von der Neutralität?

Der Vorstoß aus Berlin in Richtung einer zentralen Europa-Armee trifft in Österreich auch jenseits der Regierung auf Beifall. Bereits im Oktober 2004 hat sich der grüne Bundesvorstand für eine zentrale EU-Armee ausgesprochen. Peter Pilz erläuterte: „Die Grünen sind erstmals für das Ersetzen der Neutralität durch die Sicherheitsgemeinschaft. Ziel ist eine Gemeinschaft, die 25 nationale Armeen durch ein gemeinsames Militär als Instrument einer gemeinsamen Friedenspolitik ersetzt.“ Das heißt: Weg mit der Neutralität, die zur Nicht-Teilnahme an Kriegen verpflichtet, hin zur Teilnahme am Aufbau der gemeinsamen „mili-

tärischen Eskalationsdominanz“. In der grünen Neusprache heißt das „Friedenspolitik“. Ähnliche sicherheitspolitische Überlegungen werden auch am äußersten rechten Rand Österreichs angestellt. Der FPÖ-EU-Abgeordnete Andreas Mölzer wirbt in seiner Zeitung „Zur Zeit“ für die EU-Armee als „logische Konsequenz“ der „beginnenden Eigenstaatlichkeit Europas“. Die extreme Rechte weiß das geschichtlich zu untermauern. Der Chef der deutschen Republikaner, Franz Schönhuber, meint: „Die Waffen-SS war die erste europäische Armee..., sie kämpfte für ein vereinigtes Europa.“



## Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

### Runter mit den Politbezügen?

Die Einkommen der Politiker sollten sich am Mindesteinkommen orientieren.	JA <input type="checkbox"/>	NEIN <input type="checkbox"/>
Ich bin für eine Kürzung der Politikerbezüge.	JA <input type="checkbox"/>	NEIN <input type="checkbox"/>
Eine Kürzung der Politikerbezüge würde das Qualitätsniveau der Politiker senken.	JA <input type="checkbox"/>	NEIN <input type="checkbox"/>

Weitere Vorschläge und Meinungen:

.....

.....

.....

.....

Name: .....

Adresse: .....

Bitte ausschneiden und einsenden an:

### Trofaiacher Nachrichten

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

## UMFRAGE

### Runter mit den Politbezügen!

Derzeit verdient der Landeshauptmann knapp über 15.000 Euro brutto im Monat, vierzehn mal im Jahr. Ein Landesrat 13.438, ein Abgeordneter 5.138 Euro. In einer der letzten Landtagsitzungen hat die KPÖ den Antrag gestellt, diese Bezüge um 30 Prozent zu kürzen und an die Höhe der Mindestpension zu koppeln. Ein Abgeordneter würde demnach brutto ca. das Fünffache der Mindestpension verdienen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

### 1. Juli: Steirische Bürgermeister bekommen mehr Gehalt

Am 1. Juli werden in Österreich die Politgehälter erhöht. Die Erhöhung wirkt sich auch auf das Einkommen der Bürgermeister in der Steiermark aus.

Ab 1. Juli bekommt der Grazer Bürgermeister 12.405 Euro (12.242 €) monatlich, die Bürgermeister von Leoben und Kapfenberg erhalten 6820 € (6.718 €) und die Bürgermeister von Bruck, Judenburg, Knittelfeld, Köflach, Trofaiach und Voitsberg 5215 €

(5.137 €). Alle Gehälter sind Bruttogehälter. Die KPÖ fordert die Abschaffung der Politikerprivilegien und die Koppelung der Politikerbezüge an ein noch zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen im Monat.

Die Bezüge von Bürgermeistern sollten sich auch in Städten wie Leoben und Kapfenberg dem durchschnittlichen Einkommen der unselbständig Beschäftigten annähern.

## Aus dem real existierenden Kapitalismus



Dieser Tage hat uns die Wirtschaftskammer in erstaunlicher Offenheit wieder einmal die tatsächliche Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems vor Augen geführt. Der 15. Sekretärinnen- und Sekretär-Tag sagt uns auch bildlich wo es lang geht: Die Welt der Hackler ist unterm Tisch, oben herrschen die Bosse.



## KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

**038 42/ 22 6 70**

# Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle  
Ferienangebote  
für Kids

Katalog anfordern

Information und Anmeldung:

im  **kinderland** <sup>Steiermark</sup> Büro

[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)

Kontakt-Telefon: Elfriede Egger 0664 / 876 3605  
Familie Hofer: 038 47 / 28 03





## Aus der Landtagssitzung von Mai 2007

# Weg mit dem Proporz?

*Das Proporzsystem - es sieht vor, daß Parteien ab einer bestimmten Stimmenanzahl automatisch in der Landesregierung vertreten sind - soll bis zu den nächsten Landtagswahlen abgeschafft werden. Für eine Änderung der Landesverfassung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, was eine Einigung von SPÖ und ÖVP in dieser Frage voraussetzt.*

Obwohl beide Großparteien in dieser Frage immer wieder Einigkeit beteuern, scheinen doch Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten angebracht zu sein. In der Landtagssitzung im Mai verknüpfte ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler einmal mehr die Frage der Abschaffung des Proporz mit einer großen Verfassungsreform. Drexler stellte, wohl wissend, daß die SPÖ hier nicht in allen Punkten konform geht, die Direktwahl der Bürgermeister und des Landeshauptmannes, sowie eine Verkleinerung von Landesregierung und Landtag zur Diskussion. Ernst Kal-

tenegger (KPÖ) bekannte sich zu einer Abschaffung des Proporzsystems. Der KPÖ-Klubobmann machte allerdings klar, daß mit dieser Maßnahme allein die Politikverdrossenheit der Menschen kaum abnehmen werde. Kaltenegger: *„Die Krise der Politik hängt mit den immer geringer werdenden Gestaltungsmöglichkeiten der Politik zusammen, weil alles auf Fragen der Wirtschaft reduziert wird!“* Damit würden die Parteien austauschbar. Politik müsse mehr sein, als nur die Vorgabe von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Werner Murgg (KPÖ) nannte die Direktwahl der Bürgermeister

*„eine demokratiepolitische Mogelpackung“*, da dadurch die Gemeinderäte abgewertet würden. Auch die Grünen wollen den Proporz lieber heute als morgen abgeschafft wissen.

### Verschlechterungen bei der Kinderbetreuung

Auf der Tagesordnung der Landtagssitzung stand auch die Änderung des Kinderbetreuungs- und Kinderbetreuungsförderungsgesetzes. Das Betreuungsgesetz regelt unter anderem die mögliche Höchstzahl der Kinder pro Gruppe. Hier kommt es nun zu einer Erhöhung, was auf die Qualität der Betreuung Auswirkungen haben wird. Das Betreuungsförderungsgesetz regelt die Zuschüsse des Landes an die Kindergartenbetreiber. Renate Pacher (KPÖ): *„Die Zuschüsse des Landes müßten längst erhöht werden. Viele Betreiber können ältere*

*Dienstnehmer auf Grund deren höheren Bezahlung kaum mehr beschäftigen!“* Die KPÖ stimmte gegen beide Gesetzesänderungen, die Grünen gegen das neue Förderungsgesetz und in einem Punkt gegen das neue Betreuungsgesetz. Ein Antrag der KPÖ, die von den Gemeinden an das Land zu entrichtende Landesumlage abzuschaffen, wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ernst Kaltenegger (KPÖ) argumentierte, daß immer mehr Gemeinden sich kaum mehr in der Lage sähen, die an sie gerichteten Aufgaben finanziell zu bewältigen. Finanzielle Belastungen der Gemeindebürgerinnen und „bürger seien die Folge. Erwin Dirnberger (ÖVP): *„Ich bin mit dem Anliegen der Kommunisten grundsätzlich einverstanden.“* Allerdings könne das Land auf diese Abgabe derzeit nicht verzichten.





# Abfallvermeidung völlig aufgegeben

Die KPÖ-Steiermark hat eine Studie zur Abfallwirtschaft erarbeitet. Darin zeigt sie Wege aus der Abfallmisere auf und macht deutlich wer am steigenden Müllaufkommen profitiert. Eine Zusammenfassung der Studie soll hier vorgestellt werden. Private Konzerne entdecken zunehmend, daß mit Abfall ein profitables Geschäft gemacht werden kann. Die Folgen sind fatal. Denn wer vom Müll profitiert, will immer mehr davon.

Auf EU-Ebene kontrollieren einige wenige große französische, deutsche und spanische Konzerne wie Veolia, Suez, Remondis und FCC den Markt. Die Gewinne in dieser Branche sind beachtlich. Die Nr. 2 in der EU „Suez/Sita“ schüttete 2005 fast eine Milliarde Euro an Dividenden aus, um die Aktionäre bei Laune zu halten. Gewinne sprudeln freilich erst dann, wenn die öffentlichen Unternehmen aus der Abfallwirtschaft zurückgedrängt werden. Hauptverbündeter der Konzerne dabei ist die EU-Kommission, deren Strategie der frühere Wettbewerbskommissar Frits Bolkestein folgendermaßen auf den Punkt gebracht hat: „Erst liberalisieren, dann privatisieren.“ Denn sobald die Gemeinden zur Ausschreibung verpflichtet werden, haben die öffentlichen Unternehmen kaum

mehr eine Chance gegen die privaten Giganten. So hat die Nummer Eins der Abfallsparte, Veolia, ein mehr als 200-fach größeres Umsatzvolumen als das gemeindeeigene Abfallunternehmen der Stadt Linz. Unterstützung bei der Liberalisierung erhält die Kommission durch den EUGH, der durch jüngste Urteile die öffentliche Hand zur EU-weiten Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen vergattert, sobald auch nur minimalste private Beteiligungen an kommunalen Unternehmen vorhanden sind.

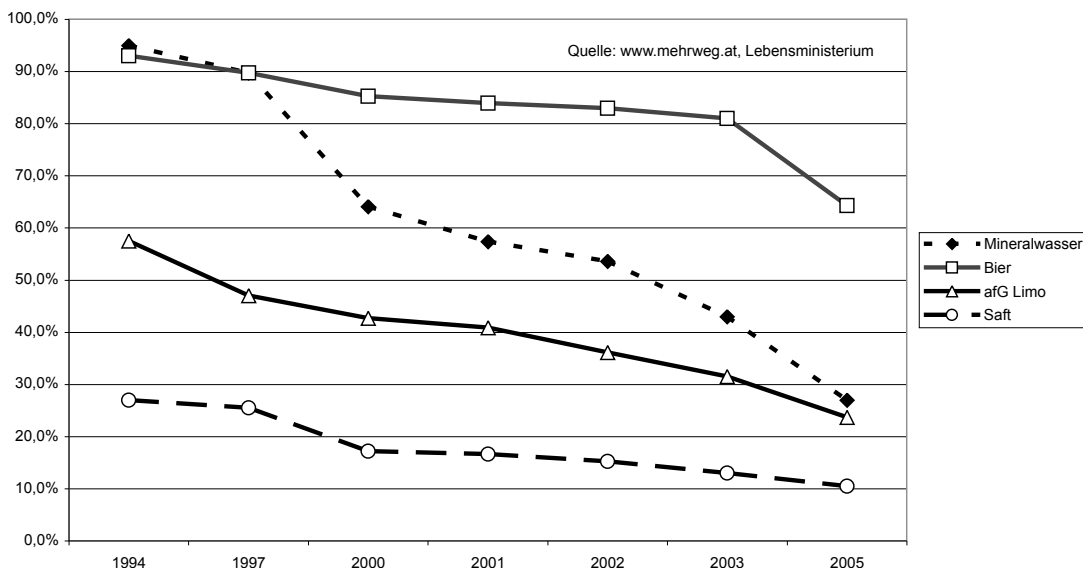
## Müllberge wachsen

Die Privatisierung der Abfallwirtschaft ist auch in Österreich schon weit fortgeschritten. Nur mehr wenige größere Gemeinden, wie Wien, Graz, Linz oder auch Leoben, betreiben die Sammlung von Müll selbst. Drei Viertel

der Abfälle werden mittlerweile von der privaten Entsorgungswirtschaft bearbeitet, einige wenige Große wie Saubermacher und ASA dominieren. Eine besondere Form der Privatisierung erfolgt dadurch, daß bestimmte Aufgaben in den Verantwortungsbereich der „Wirtschaft“ gelegt werden. Im Verpackungsbereich nimmt das fast monopolartig die ARA (Altstoff Recycling Austria) wahr. Das heißt: die großen Verpackungsproduzenten und „vertreiber, Mayr-Melnhof, Prinzhorn, Unilever, Nestle, Coca-Cola, Rewe, Spar, Siemens, kontrollieren das ARA-System von Anfang bis zum Ende. Da diese vom Verpackungsmüll profitieren, ist der Anreiz zur Vermeidung von Abfall entsprechend dürftig. Wer sägt schon gern am Ast, auf dem er sitzt. Plastikmüll nahm in Österreich von

1999 bis 2003 um fast 40 Prozent zu. Nur ein knappes Viertel davon wird im Rahmen des ARA-Systems stofflich wiederverwertet. Insgesamt ist das Abfallaufkommen in Österreich von 1993 bis 2004 von 40 Millionen auf 54 Millionen Tonnen angestiegen. Wie negativ sich diese Politik der Privatisierung - in Verbindung mit dem EU-Beitritt - auswirkte, zeigt sich besonders drastisch am Beispiel der Getränkeverpackungen. Seit 1995 ist der durchschnittliche Anteil der Mehrweggebilde, vor allem Glasflaschen, zugunsten von Wegwerfgebilden, wie Plastikflaschen und Aludosen, von 65 auf unter 27 Prozent zurückgegangen (siehe Grafik). Glasflaschengebote, wie es sie vor dem EU-Beitritt beispielsweise früher für Mineralwasser gab, wurden vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, weil sie angeblich „nicht mit EU-Gemeinschaftsrecht vereinbar“ sind. Resümee von Ökoconsult: „Abfallpolitik im Sinne von Abfallvermeidung wurde völlig aufgegeben.“ Privatisierung und EU-Binnenmarkt kurbeln auch den Giftmülltourismus kräftig an. Der Müll wandert dorthin, wo die Umweltvorschriften am laschesten und die Löhne am niedrigsten sind. Seit dem EU-Beitritt Polens hat sich z.B. der Giftmülltransport von Deutschland nach Polen um das 250-Fache (!) gesteigert.

Gerald Oberansmayr



## STUDIE ZUR ABFALLWIRTSCHAFT

„Auswege aus der Abfallmisere“ heißt eine von Gerald Oberansmayr im Auftrag des KPÖ Landtagsklubs erstellte Studie zur Abfallwirtschaft über die wir in dieser und der nächsten Nummer dieser Zeitung berichten. Die Studie, die im Juli erscheint, kann unter 038 42 / 22670 angefordert werden.



## Aus der Landtagssitzung von Juni 2007

# Verbesserung für Mieterinnen und Mieter

Der Landtag hat in seiner Junisitzung auf Antrag der KPÖ einstimmig beschlossen, die Landesregierung aufzufordern das Wohnbauförderungsgesetz zu novellieren. Immer wieder kommt es vor, daß sich Vermieter ohne Grund weigern, dem Mieter die Wohnungsaufwandsbestätigung zu unterschreiben. Ohne Wohnungsaufwandsbestätigung bekommt der Mieter allerdings keine Wohnbeihilfe. Das soll sich nun ändern. Vermieter sollen bei willkürlicher Weigerung mit Sanktionsmöglichkeiten belegt werden können. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP wurde eine Novellierung des Behindertengesetzes beschlossen. KPÖ und Grüne lehnten einige Punkte des neuen Gesetzes ab, beispielsweise die ihrer Meinung nach zu streng ausgelegte Härtefallklausel. KPÖ und Grüne wandten sich vor allem gegen einen Zusatzantrag der ÖVP, welcher vorsieht, das Behindertengesetz darauf zu überprüfen, inwieweit es der Budgetkonsolidierung entgegensteht.

### Keine landeseigene Pelletsproduktion

Die Preise für Holzpellets haben in letzter Zeit einen deutlichen Sprung nach oben gemacht. Das hatte auch die Arbeiterkammer kritisiert. Um auf die Preise regulierend einzuwirken, schlägt die KPÖ die Errichtung landeseigener Pelletsproduktionsstätten vor. In Zusammenarbeit mit Bundes- und Landesforsten sollte damit erreicht werden, auf

die Preisentwicklung von Pellets dämpfend einzuwirken. Ernst Kaltenecker (KPÖ) erinnerte daran, daß die Haushalte durch den Anstieg der Pelletspreise den Willen zum Umsteigen auf diese erneuerbare Energie vielfach verloren hätten. „Die KPÖ ist der Überzeugung, daß landeseigene Produktionsstätten hier ein Preisregulativ bilden könnten.“ Heinz Gach (ÖVP) erteilte dem Antrag eine prinzipielle Absage: „Wir brauchen keine volkseigenen Betriebe in diesem Bereich.“ Der SPÖ-Abgeordnete Karl Petinger fürchtet „das zu große wirtschaftliche Risiko.“ Die tatsächlichen Gründe der Ablehnung machte Landesrat Johann Seitinger (ÖVP) klar: „Eine Annahme des Antrages würde bedeuten, daß wir in den freien Markt eingreifen. Das widerspricht den gesamten EU-Vorstellungen.“ Gegen die Stimmen der ÖVP beschloß der Landtag eine Aufforderung an die Landeshauptleuterkonferenz, die Novelle des Telekommunikationsgesetzes zum Thema zu machen. Damit sollen endlich die Rechte der Anrainerinnen und Anrainer von Handymasten gestärkt werden.

### Neue Regelung bei Flugrettungskosten?

Derzeit ist es so, daß die Krankenkassen im Nachhinein entscheiden können, ob sie die Kosten für einen Flugrettungstransport übernehmen oder nicht. War der Transport ihrer Meinung nach per Flugrettung nicht notwendig, können sie die Übernahme

der Bergungskosten verweigern, obwohl ein vor Ort anwesender Arzt die Flugrettung angefordert hat. Damit bleibt der Patient auf den oft gewaltigen Kosten sitzen. Dieser

Passus soll fallen. Gegen die Stimmen der SPÖ hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, dahingehend bei den Krankenkassen vorstellig zu werden.



## KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben  
Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

**038 42/ 22 6 70**



**REAL**

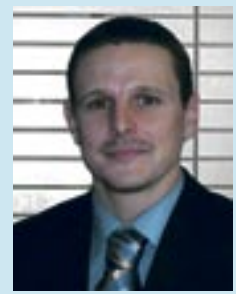


**Ihr Immobilienpartner in Leoben**

**Wir verkaufen und finanzieren Ihre Immobilie.**



Wolfgang Kapun,  
Immobilienmakler  
050 100/ 626 429



Markus Letonja,  
Immobilienfachberater  
050 100/ 626 439

**Wir freuen uns auf Sie. s REAL im wohn2Center der Steiermärkischen Sparkasse. Einfach gut beraten.**

**KPÖ** hat Unterschriftenaktion gegen das Wuchern der Wettcafés gestartet

# Der Traum vom schnellen Geld kann zum Albtraum werden

*Existenzen werden zerstört, immer mehr Menschen verspielen ihr letztes Geld in Wettcafés oder im Internet. Die heuschreckenartige Vermehrung von Spielcasinos und Wettcafés privater Betreiber in der Steiermark fällt jedem auf, der mit offenen Augen durchs Leben geht. Die KPÖ versucht die Profitmacherei mit dem Traum vom schnellen Geld mit einer Unterschriftenaktion einzudämmen.*

Anträge der KPÖ im Landtag, die eine Standortabgabe auf Wettcafés und eine Anhebung der Besteuerung der Glücksspielautomaten fordern, wurden bisher nicht umgesetzt. Verlockend sind Angebote und Werbesprüche rund ums Glücksspiel. Viele

erliegen dem Charme der Möglichkeiten, viele landen im Teufelskreis von Spielsucht und finanziellem Ruin. Bereits 16.000 Steirerinnen und Steirer sollen spielsüchtig sein. Die Dunkelziffer ist höher. Vor allem immer mehr junge Menschen verfallen der

Spielsucht. Ein Drittel ist jünger als 18 Jahre. Vor allem das so genannte „Kleine Glücksspiel“ ist die Einstiegsdroge für viele. Bereits 4.700 Automaten zum Kleinen Glücksspiel gibt es in der Steiermark. Dabei ist mit einem Höchstesatz von 50 Cent ein Maximalgewinn von 20 Euro möglich. Das schreibt das Gesetz vor. Tatsächlich wird dieses Gesetz umgangen: Durch das Drücken bestimmter Tasten am Automaten kann das Geld rasend schnell verspielt werden. Höchsteinsätze von mehreren hundert Euro sind möglich. Das langfristige Ziel muß ein, das Kleine Glücksspiel in der Steiermark wieder zu verbieten. Derzeit ist es neben der Steiermark nur in Salzburg, Wien und Niederösterreich erlaubt. Bis es soweit ist, soll eine Abgabe auf Automaten den Wildwuchs eindämmen.

## Einkommen reicht kaum zum Leben

Die Ursachen der steigenden Spielsucht liegen auf der Hand. Immer mehr Lohnabhängige können mit ihrem Einkommen kaum mehr ein ordentliches Leben führen, obwohl sie hart arbeiten. Immer mehr Menschen haben überhaupt keine Arbeit. Immer mehr Menschen verlieren in einem immer rabiater werdenden Kapitalismus den Glauben an jegliche positive persönliche Perspektive. Hier liegen die Wurzeln der sprießenden Wettcafés. Das vermeintlich am Spielautomaten schnell verdiente Geld soll über die Nöte der Realität hinwegtrösten. Realitätsflucht und das Ausweichen in Scheinwelten nehmen zu. Den Herrschenden kommt diese Entwicklung nicht ungelegen. Wer am Automaten sein Geld verzockt und dabei allzu oft finanziell ruiniert wird, kommt kaum mehr auf den Gedanken nach wirklichen Alternativen zum bestehenden Dilemma zu suchen: sich gesellschaftlich zu organisieren um für höhere Löhne und eine menschenwürdige Arbeitswelt zu kämpfen.

**Keine Geschäfte mit der Spielsucht!**

# Keine

Wir wollen nicht das Glücksspiel verbieten.

# Geschäfte

Werbung für Glücksspiele gehört verboten.  
Spielsüchtige oder gar Kinder brauchen keine Verlockungen!

# mit der

Wir wollen, dass wirksame Beschränkungen das Glücksspiel erschweren.  
Wir wollen eine massive Besteuerung von Glücksspielautomaten und eine Zweckbindung dieser Einnahmen für Vorsorge und zur Betreuung spielsüchtiger Menschen.

# Spielsucht!

Wir wollen keine unglücklichen Familien und keine ruinierten Existenzen.

**KPÖ**

KPÖ-Landtagsklub, Klubobmann Ernest Kaltenecker, (0316) 877-5104  
Informationen und Unterschriftenlisten: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>  
Bitte unterstützen Sie uns!





## UNTERSCHRIFTENAKTION:

# Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

*An die Steiermärkische Landesregierung!  
An den Steirischen Landtag!*

Die Spielsucht wird zu einem immer größeren Problem. Viele Existenzen wurden bereits ruiniert, nicht selten führt die Sucht auch in die Beschaffungskriminalität. Die Betreiber der „Minicasinós“ sprechen mit ihrer Werbung gezielt Jugendliche und Menschen in Notlagen an, die in der Hoffnung auf das große Geld ihr letztes Hemd verspielen. Der Gesetzgeber hat das so genannte „Kleine Glücksspiel“ auf Einsätze von maximal 50 Cent und Gewinne von höchstens 20 Euro beschränkt.

Mit einfachen Tricks wird dieser vermeintliche Schutz aber umgangen, bei vielen der annähernd 5.000 Glücksspielautomaten in der Steiermark kann man in wenigen Augenblicken tausende Euro verspielen.

Wir fordern mit unserer Unterschrift das Land Steiermark auf, folgende Punkte rasch umzusetzen und dort, wo Bundeskompetenzen berührt sind, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine gesetzliche Regelung im Sinne des Forderungskatalogs zu erwirken:

- Klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele sowie strenge Kontrollen hinsichtlich deren Einhaltung.
- Verbot von Werbung für Glücksspiele.
- Massive Besteuerung von Geldspielautomaten und eine Standortabgabe für Wettcafés mit Zweckbindung dieser Steuereinnahmen.
- Mehr Schutz für Kinder und Jugendliche.
- Verbot von Zahlungen für Glücksspiele im Internet.

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Name	Unterschrift
Adresse	

Ein Initiative des KPÖ Klubs im Landtag Steiermark  
Bitte an folgende Adresse senden: KPÖ Leoben, Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben. Te. 038 42 / 22 6 70  
Weitere Informationen unter: <http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>

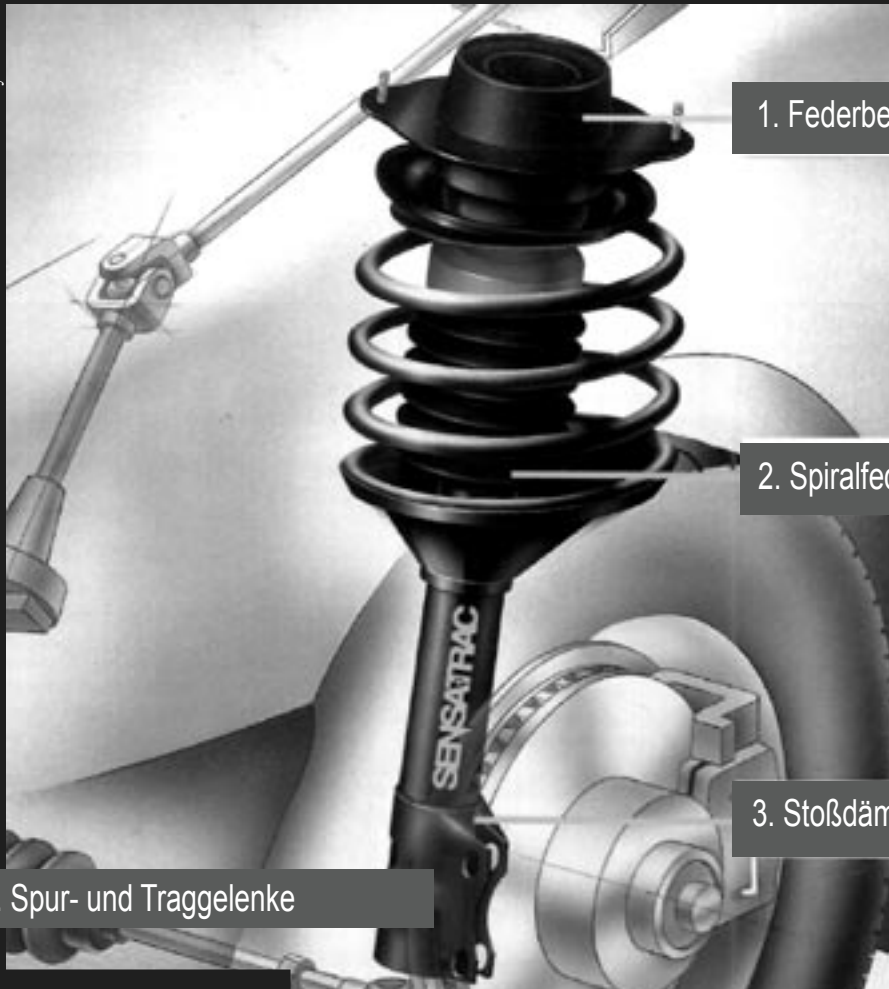
# STOSSDÄMPFER-AKTION

Lassen Sie die Stoßdämpfer Ihres Fahrzeuges GRATIS überprüfen!



**SICHERHEIT  
HAT VORRANG**

Symbolfoto



1. Federbeinlager

2. Spiralfedern

3. Stoßdämpfer

4. Spur- und Traggelenke

5. Bremscheiben, Bremsklötze, Bremsattel, Radlager USW.

Pickerl \$57a, Reifen, Bremsen, Batterien, Stoßdämpfer-Federn, Windschutzscheiben, Scheinwerfer, Blinker, Radlagersätze, Spurgelenke, Traggelenke, Achsmanschetten, Auspuff, Ölwechsel, Radioeinbau, Jahres-service

**Wir arbeiten zu**

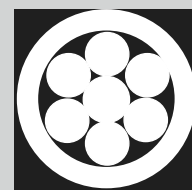
**Fixpreisen!**

Sofortmontage  
in unserer neuen

**1A**

Schnellwerkstätte

# GRILL



**RAD**



- alles für's Auto

8700 Leoben

Kärntner Straße 154

Tel. 0 38 42 / 43 2 97

8605 Kapfenberg Diemlach,

Grazerstraße 56

Tel. 0 38 62 / 23 4 01

8601 Bruck/Mur,

Roseggerstraße 5

Tel. 0 38 62 / 52 3 24

**SPORT**

# TOREO50



**RIEJU**  
Start the rocket.

NEU

Listenpreis:  
~~EUR 1.299,-~~

**Der  
PREIS-HIT  
des Jahres**

SONDERpreis:  
**€ 990,-**

Solange  
der Vorrat  
reicht!

#### Technische Daten

Abmessungen (L\*B\*H):  
1840/704/1179 mm

Gewicht: 84 kg

Motor:  
4-Taktmotor  
(gebläsegekühlt)

Getriebe:  
CVT (Automatik)

Hubraum: 49,5 ccm

Typgenehmigte Leistung:  
2,38 Kw/5500 Upm

Max. Leistung  
(Werksangabe):  
2,7 Kw/7500 Upm

Max. Drehmoment:  
3,5 Nm/7000 Upm


Bremsystem (vorne/hinten):  
Scheibe/Trommel

Reifen (vorne/hinten):  
120/70-12 / 120/70-12

Sitzhöhe: 790 mm

[www.rieju.at](http://www.rieju.at)

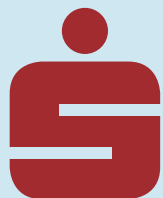
# GRILL



- alles für's Auto

**8700 Leoben**      **Kärntner Straße 154**      **Tel. 0 38 42 / 43 2 97**  
**8605 Kapfenberg Diemlach,**      **Grazerstraße 56**      **Tel. 0 38 62/ 23 4 01**  
**8601 Bruck/Mur,**      **Roseggerstraße 5**      **Tel. 0 38 62 / 52 3 24**





## Häuser



**Niklasdorf - Sommersiedlung**, Geräumiges Zweifamilienwohnhaus, Baujahr 1972, Wohnfläche ca. 250 m<sup>2</sup>, Grundstück 964 m<sup>2</sup> mit Doppelgarage und Carport, Kaufpreis € 265.000,-



**Eisenerz - Krumpentalerstraße**, Dreifamilienhaus mit ca. 310 m<sup>2</sup> Wohnfläche, 1.129 m<sup>2</sup> Grund, Kaufpreis € 115.000,-



**Leoben - Mareckkai**, diese 2005 liebevoll sanierte Villa mit ca. 246m<sup>2</sup> Wohnfläche und ca. 767m<sup>2</sup> Grund in Leobens begehrtester Wohnlage ist das Richtige für großzügiges Wohnen, VB € 550.000,-

## Wohnungen



**Leoben-Judendorf**, 6 neu errichtete Eigentumswohnungen, 3-Zimmer, ca. 70m<sup>2</sup> Wohnfläche, schlüsselfertig mit Keller und Carport, Bezug im Jänner 2008, Kaufpreis € 134.000,- pro Wohneinheit



**Leoben-Hinterberg**, 3-Zimmer Eigentumswohnung ca. 78m<sup>2</sup> Wohnfläche, sofort beziehbar, im 1. Stock gelegen, Lift, Keller, Autoabstellplatz, Kaufpreis € 80.000,-



**Leoben-Donawitz**, 2-Zimmer Eigentumswohnung, komplett neu saniert, Erdgeschoß, sofort beziehbar, Kaufpreis € 59.000,-

## Grundstücke



**St. Stefan o.L. - Preßnitz**, Achtung Bauträger, hier bieten sich 9 Grundstücke von 688 m<sup>2</sup> - 1.300 m<sup>2</sup> zum Kauf an. Kaufpreis € 22,-/m<sup>2</sup>



**Leoben - Schladnitzgraben**, Baugrund mit Gartenhütte 1.458 m<sup>2</sup>, Stromversorgung vorhanden, Wasser aus eigenem Brunnen, sofort beziehbar, Kaufpreis € 75.000,-



**Edling**, Grundstück im Gesamtausmaß von 2045 m<sup>2</sup> davon 1043 m<sup>2</sup> als Bauland gewidmet, Wasser, Kanal und Stromanschluß vorhanden, Kaufpreis € 40.000,-

## Weitere Objekte

**Vorderberg**, ideal als Zweifamilienhaus oder die Familie mit dem großen Platzbedarf, Wohnfläche ca. 160 m<sup>2</sup>, Grund ca. 883 m<sup>2</sup>, 1998 generalsaniert und mit einem Zubau vergrößert. Öl- und Festbrennstoff-Zentralheizung, KP € 140.000,-

**Eisenerz**, Neue Prossen - Zweifamilienhaus-Rohbau mit ca. 2.653 m<sup>2</sup> Grund, angebaute LKW-Garagen, komplett unterkellert, VB € 140.000,-

**St. Peter Freienstein**, Doppelhaushälfte in absoluter Ruhelage, saniert, Wohnfläche ca. 122 m<sup>2</sup>, Grundstück ca. 628 m<sup>2</sup>, Wintergarten, Garage, Kaufpreis € 139.000,-

**Leoben - Donawitz**, gemütliche kleine Eigentumswohnung ca. 35m<sup>2</sup> Wohnfläche, Loggia, im 3. Stock gelegen, jedoch mit dem Lift bequem erreichbar, sofort beziehbar, Kaufpreis € 34.000,-

**Trofaiach**, Alois Schaller-Straße - 3-Zimmer-Eigentumswohnung, ca. 68 m<sup>2</sup> Wohnfläche, Loggia, Carport, Öl-Zentralheizung, BK inkl. Heizung ca. € 170,- sofort beziehbar, Kaufpreis € 69.000,-

**Leoben-Hinterberg**, 4-Zimmer Eigentumswohnung in ruhiger Lage, ca. 87 m<sup>2</sup>, teilmöbliert, beziehbar September/Oktober 2007, Kaufpreis € 97.000,-

**Proleb**, Baugrund im Ortszentrum von Proleb, 1.459 m<sup>2</sup> um € 35.000,-

**Trofaiach-West**, wunderschön gelegener, ebener Baugrund, 1.073 m<sup>2</sup>, Strom-, Wasser-, Kanal- und Gasanschluss vorhanden, Kaufpreis € 60,-/m<sup>2</sup>



## Wolfgang Kapun

Immobilienmakler

Büro: 050 100 26 429  
Mobil: 050 100 626 429  
wolfgang.kapun@sreal.at



## Markus Letonja

Immobilienfachberater

Büro: 050 100 26 439  
Mobil: 050 100 626 439  
markus.letonja@sreal.at